SCHLESWIG-
HOLSTEINISCHER
LANDTAG

Innen- und Rechtsausschuss
Der Vorsitzende

Kiel, 27. Oktober 2026
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1143
(0431) 988 1152
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

K u r z b e r i c h t

über die 138. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Montag, dem 26. Oktober 2026, circa 12:15 Uhr
unmittelbar im Anschluss der Beratung des Einzelplans 04 (Innenministerium)
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

Beginn: 13:25 Uhr

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines integrierten Bachelorabschlusses im Studium der Rechtswissenschaft und zur Änderung weiterer Gesetze**
Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 20/4896

(überwiesen am 7. Oktober 2026 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Bildungsausschuss)

– Verfahrensfragen –

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer schriftlichen Anhörung. Anzuhörende sind bis zum 4. November 2026 gegenüber der Geschäftsführung anzuzeigen.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesrichtergesetzes (LRiG)**
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 20/4917

(überwiesen am 9. Oktober 2026)

– Verfahrensfragen –

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer schriftlichen Anhörung. Anzuhörende sind bis zum 4. November 2026 gegenüber der Geschäftsführung anzuzeigen.

3. **a) Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des Rechts der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse (Untersuchungsausschußgesetz)**
Gesetzentwurf der Fraktion des SSW
Drucksache 20/70

(überwiesen am 2. September 2022)

hierzu: Umdruck 20/35, 20/63

b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Untersuchungsausschußgesetzes
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und SSW
Drucksache 20/4919

(überwiesen am 9. Oktober 2026)

– Verfahrensfragen –

Der Ausschuss beschließt zu b) die Durchführung einer schriftlichen Anhörung. Anzuhörende sind bis zum 28. Oktober 2026 gegenüber der Geschäftsführung anzuzeigen.

4. Bericht der Landesregierung zum Schutz Kritischer Infrastruktur in Schleswig-Holstein
Bericht der Landesregierung
Drucksache 20/4770

(überwiesen am 9. Oktober 2026)

– Verfahrensfragen –

Der Ausschuss kommt überein, den Bericht in einem Fachgespräch – unter Beteiligung der Landesregierung – zu beraten. Um Benennungen wird bis zum 4. November 2026 gebeten.

5. Verschiedenes

Die Benennungsfrist zur mündlichen Anhörung zum Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung polizeirechtlicher Maßnahmen, Drucksache 20/4284, wird um zwei Wochen auf den 6. November 2026 verlängert.

Schluss: 13:35 Uhr

gez. Dr. Sebastian Galka